

Initiative Gedenkstätte KZ-Hohensasel

Erhaltung des Ortes und die Errichtung einer Erinnerungsstätte

Frage an den Ersten Bürgermeister der Stadt Hamburg, Peter
Tschenscher, am 30. Oktober 2018

*Anlass: Gespräch mit dem Bürgermeister am Dienstag, 30. Oktober, 19:30 Uhr, Forum
Alstertal, Kritenbarg 18 (Wahlkreis 13: Alstertal, Walddörfer)*

Sehr geehrter Erster Bürgermeister,
Sehr geehrter Herr Tschentschner,

mit Nachbarbeteiligungsschreiben vom März 2017, wurden wir vom Bezirksamt
Wandsbek, Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt über das
Vorbescheidsverfahren informiert zur Bebauung der Grünfläche Mellingburgredder und
Feldblumenweg - Flurstücke 4294, 10056, 10055, 4291, 4293 der Gemarkung Sasel.

Bei diesem Gelände handelt es sich um das ehemalige KZ-Außenlager Sasel, in welchem
zwischen September 1944 bis Kriegsende Hunderte von Frauen zu Arbeitszwecken in
unmenschlichen Verhältnissen leben mussten und auch zu Tode kamen.

Als unser Bürgermeister ist Ihnen bekannt, dass die Stadt Hamburg auf diesem Gebiet
ein Flüchtlingslager, mit u.a. 12 Wohnunterkünften, einem Verwaltungs-
/Gemeinschaftshaus und einem Wasch /Heizhaus errichten möchte.

Meine Name ist Beatrice Traineau. Ich vertrete hier die Initiative Gedenkstätte KZ-
Hohensasel, die sich im Namen der Anrainer, Historiker, jüdischen Gruppierungen und
ehemaligen Holocaustopfern für die Erhaltung des Gebietes und Umwidmung als
Gedenkstätte und Mahnmal aussprechen, und möchte heute Ihre Aufmerksamkeit auf
die Bedeutung dieses Areals lenken: Die Bedeutung für unsere Stadt, unser Land, für
unsere Jugend! Der Ort, an dem Hunderte von Menschen gequält, gepeinigt und
gefoltert worden sind, wo Menschen unter menschenunwürdigen Umständen arbeiten
mussten, kann nicht einfach verbaut werden.

In Zeiten, in denen der Vorsitzende des Zentralrats der Juden die politische
Grundstimmung mit einem auffallenden Antisemitismus und Rassismus als höchst
bedenklich einstuft und vor Vergessen warnt, wirken die Bebauungspläne an dieser
Stelle mehr als schockierend.

Seit dem Bekanntwerden des städtischen Vorhabens häufen sich die Einwände gegen
das Projekt. Ungeachtet dieser Einwände, entgegen aller Zeitzeugenaussagen,

historischen Dokumente und naturwissenschaftlichen Ausarbeitungen, hält die Stadt an diesem wahnwitzigen Bebauungsprojekt fest.

Schlimmer: Um jegliche Diskussion und Untersuchung schon im Ansatz zu ersticken, behauptet die Senatskanzlei, dass sich das KZ-Neuensasel gar nicht auf dem besagten Gelände befand!

Dies ist die Negation historischer Tatsachen und Verachtung von Skizzen und Zeitzeugenaussagen, darunter auch die der ehemaligen Inhaftierten Lucille Eichengreen und Teresa Stiland, die beide noch leben.

Die Zivilbevölkerung nach 1945 hat im Rahmen der Untersuchungen der Nazi-Verbrechen die genaue Lage und Dimensionen des Areals wie folgt definiert:

Das eingezäunte Lager umfasste ein Rechteck von 300 mal 200 m. Das Gelände des Lagers befand sich am Feldblumenweg, zwischen den Straßen Saseler Mühlenweg und Hohensasel (heute Aalkrautweg).

Wir sagen ganz eindeutig:

Flüchtlinge haben ein Recht sich in Deutschland in Sicherheit zu wiegen, hier zu lernen, zu arbeiten, ein furchtloses Miteinander zu (er-)leben. Es gibt Platz für sie. Hier bei uns, mit uns. Nur nicht auf dem Gelände eines ehemaligen KZ-Arbeitslagers. Hier ist der Platz für Erinnerungen.

Meine Frage:

Das Gedenken an den Nationalsozialismus in Sasel und damit auch Mahnung für die Zukunft darf nicht durch eine unsensible Planung und Bebauung ausgelöscht werden.

Können wir auf uns darauf verlassen, dass die Stadt von weiteren Bebauungsplanungen definitiv und deutlich Abstand nimmt?